

1047/A

119



15

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
DER STAATSSSEKRETÄR

Wien, den 16.11.1954

al

Lieber Parteifreund!

Im folgenden ein Bericht über Arbeit und Pläne der KPÖ.

I. KPÖ. und Nebenorganisationen:

In der letzten Information wurde schon darauf hingewiesen, in welcher Art die KPÖ aus den Ergebnissen der letzten Wahlen Erfolge heranzuanalysieren versucht, und dass sie insbesondere die Niederlage des VdU als ihr Verdienst bucht. Sie warnte vor der Auffassung, mit der Niederlage des VdU sei der "Kampf gegen die Gefahr des Neofaschismus, gegen Soldatenbünde und den neuen deutschen Militarismus" zu Ende. Vielmehr werde dieser Kampf fortgesetzt werden müssen, weil offensichtlich die ÖVP. das Erbe des VdU anzutreten sich anschicke. Die ÖVP. bemühe sich, alle Kräfte der Reaktion in ihren Reihen zu sammeln und werde so immer reaktionärer. Deshalb müsse der Kampf nun mehr als bisher gegen die ÖVP. konzentriert werden.

Erste Auswirkung dieser Politik scheint bereits die massive Pressekampagne, unterstützt durch Versammlungen in den USIA-Betrieben, gegen eine vom "Österr. Kameradschaftsbund" am 7.11.1954 auf dem Heldenplatz in Wien geplante Gedächtniskundgebung gewesen zu sein, wobei die Kommunisten offen drohten, eine solche unter keinen Umständen zuzulassen. Nach der von der Bundespol. Dion Wien erfolgten Untersagung dieser Veranstaltung scheuten die Kommunisten nicht zurück, in ihrem Zentralorgan zuzugeben, dass sie für den Fall der Nichtuntersagung eine Gegendemonstration zur gleichen Zeit am gleichen Ort durchgeführt hätten.

Der von der KPÖ geplante Aufruf an ihre Mitglieder, am 7.4. auf die Strasse zu ziehen, entspricht ihren neuen politischen Richtlinien. Einer von 5 Punkten, die für die Arbeit der KPÖ (resp.VO., was das gleiche ist) für die nächste Zeit die Richtung weisen ("Der Funktionär" Oktober 1954), fordert nämlich eine Festigung der Parteiorganisation in der Art, dass die Arbeit "nach aussen" gerichtet werde und nicht "sektierisch nach innen orientiert" bleibe. Was damit gemeint ist, erklärte offen das Mitglied des Polit.Büros des ZK. der KPÖ. Friedrich H e x m a n n . Dieser erläuterte nämlich in einer jüngst abgehaltenen Sitzung des Landespartei Vorstandes in Salzburg die 5 Punkte und sprach davon, daß die Tätigkeit der Partei in Hinkunft mehr nach außen, auf die Straße verlegt werden müsse. Woraus berechtigterweise die Erwartung häufigerer kommunistischer Demonstrationen in der nächsten Zukunft abgeleitet werden kann.

Die anderen vier Punkte des Arbeitsprogrammes sprechen

- a) von der Notwendigkeit, die politische Festigkeit und Überzeugungskraft der Parteiaktivisten und -Mitglieder zu erhöhen. (Mittel hiezu: Schulung),
- b) vom Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung im Betrieb und am Wohnort, noch intensiver als bisher (zur Illustration: vertraulich wurde von einer Ende Oktober abgehaltenen Sitzung der Vertrauensmänner der Fraktion der gewerkschaftlichen Einheit in USIA-Betrieben bekannt, bei der beschlossen wurde, in der nächsten Zeit unter Hinweis auf die Teuerung verschiedener Konsumgüter, in den Betrieben mit Forderungen nach 7 - 10%iger Lohnerhöhung hervorzutreten),
- c) von der Orientierung aller Tätigkeit auf die Herstellung der Arbeitereinheit auf dem Wege über die "Einheit aller demokratischen Kräfte" (Unterstützung

- der Arbeit aller der VO.angehörigen Organisationen, Verbesserung des Verhältnisses zur Masse der sozialistischen Arbeiter),
- d) schließlich von systematischerer "Aufklärungsarbeit unter der werktätigen Bevölkerung" (Intensivierung von Agitation und Propaganda mit dem Bemühen, auch Aussenstehende zu Parteiversammlungen zu bringen und so immer mehr zu beeinflussen, um neue Mitglieder zu gewinnen).

Um die oben erwähnten Richtlinien für die nächsten Arbeiten der Parteiöffentlichkeit publik zu machen, startete Ende Oktober die KPÖ eine Welle sogenannter "Gebiets-Aktivistenkonzferenzen", in denen namhafte Funktionäre die nötigen Erläuterungen gaben.

Eine am 10. und 11.11.1954 in Wien abgehaltene Plenarsitzung der KPÖ. dürfte vermutlich die gleichen Themen zum Inhalt gehabt haben. Bericht darüber liegt allerdings noch nicht vor.

In Fortsetzung der Wahlpropaganda sprach Univ.Prof. Dr. D o b r e t s b e r g e r vor einer Versammlung in einem USIA-Betrieb in Wien-Stadlau am 9.11.1954 wieder über die Rückgabe der Starhembergsgüter, benützte den Anlaß, um seine Teilnahme am Kabinett Schuschnigg im Jahre 1935 zu rechtfertigen, und im kommunistischen Sinne über Militärpakt, Militarismus und Wiederaufrüstung zu dozieren. Dabei erklärte er es als selbstgesetzte Aufgabe, alle "fortschrittlichen Kräfte in der Bauernschaft, im Gewerbe, im Mittelstand" zur Sammlung in der VO aufzurufen.

Anläßlich des 37. Jahrestages der Oktober-Revolution veranstaltete die KPÖ am 5.11.1954 im Wiener Konzerthaus eine Festversammlung, bei der der 1. Sekretär der KPÖ Friedl F ü r n b e r g die Festrede hielt. In Verzerrung der historischen Tatsachen schrieb er hiebei der Sowjetunion allein das Verdienst zu, nach dem 2. Weltkrieg wieder ein unabhängiges Österreich geschaffen zu haben und bezeichnete die Sowjetunion unter Anführung der verschiedenen zum eisernen Bestand der KPÖ-Propaganda gehörigen Slogans von

"Anschlußgefahr und Wiederaufrüstung Deutschlands" als "stärksten Schutz für Österreichs Unabhängigkeit". Auch in den Landeshauptstädten und USIA-Betrieben fanden kommunistische Oktoberfeiern statt.

Die österr.sowjet.Gesellschaft hat jüngst auch beschlossen, den 10. Jahrestag der Befreiung (die inzwischen zu einer ebenso langdauernden Besetzung geworden ist) im Rahmen "Österr.-sowjetischer Freundschaftswochen" in der Zeit vom 13.4. bis zum 22.5.1955 besonders festlich zu begehen. Zweifellos wird dieser Umstand auch eine offizielle Stellungnahme erfordern.

Ganz im Sinne der KP und ihre bzw. die sowjetruss.Propaganda unterstützend, hat der Österr.Friedensrat auch eine "Dokumentensammlung über die Tätigkeit des österr.Kameradschaftsbundes und im besonderen über die Soldatentreffen" zusammengestellt. Es soll damit der Beweis erbracht werden, daß die Soldatentreffen mit den Organisationen ehemaliger Wehrmachtsangehöriger in Westdeutschland zusammenhängen und der großdeutschen und militärischen Propaganda in Österreich dienen.

In diesem Zusammenhang verdient auch ein jüngst bekanntgewordenes Erkenntnis des Bundes-Verwaltungsgerichtshofes der DBR. Erwähnung, demzufolge österr.Staatsbürger die deutsche Staatszugehörigkeit nach 1945 nicht verloren haben. Mit besonderer Genugtuung stürzte sich die kommunistische Presse darauf und untermauerte damit ihre Propaganda von der "drohenden Anschlußgefahr".

II. Internat.kommunistische Organisationen:

In Vorbereitung der am 18.11.1954 in Stockholm beginnenden Tagung des Weltfriedensrates fand in Wien um das Wochenende, 6./7.11.1954, eine Besprechung des Weltfriedensrates statt. Die einzelnen Teilnehmer mit Sicherheit festzustellen, ist bei solchen Anlässen mit Rücksicht auf die Besatzungsverhältnisse immer schwierig.

Für das "Internat.Widerstandskämpfertreffen" (24.- 28.11. 1954 in Wien) wurden die Vorbereitungen intensiv fortgesetzt. Das Organisationsbüro für diese Veranstaltung, das, wie zu-

letzt berichtet, unter Leitung des österr. Staatsangehörigen General a.D. P u c h i n g e r , ehemals ÖVP. steht, hat sich in Wien I., Walfischgasse 15/6, etabliert.

Eine im Sommer publizierte Zeitungsmeldung von der angeblichen Übersiedlung des Generalsekretariates der kommunistischen Internat.Journalistenorganisation aus Prag nach Wien konnte inzwischen überprüft werden. Es wurde festgestellt, daß der seinerzeitige Zeitungsbericht nicht den Tatsachen entspricht. Wien ist daher nach wie vor Sitz folgender internat.kommunistischer Organisationen:

Weltgewerkschaftsbund, Weltfriedensrat und FIR.

Lenef